

Informationen zum Eckwerte-Beschluss des Kabinetts für die Haushaltsaufstellung für 2013/14

Mehr Geld für Schulen und Forschung

Kabinetts beschließt Eckwerte für Doppelhaushalt

Die rot-rote Koalition will Bildung und Wissenschaft weiter stärken. Im Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre stehen beiden Ministerien zusätzliche Mittel in Höhe von rund 30 beziehungsweise 13 Millionen Euro zur Verfügung. Das geht aus den Eckwerten des Kabinetts hervor, die am Freitag beschlossen wurden. Gleichzeitig wird das Ziel in der Koalitionsvereinbarung korrigiert, die Zahl der Landesbediensteten von jetzt knapp 50 000 bis zum Jahr 2019 auf 40 000 zu reduzieren. Diese Zahl soll erst Ende 2021 erreicht werden. Das soll die Einstellung von mehr jungen Lehrern erlauben und auch anderen Ressorts Einstellungen ermöglichen. Finanzminister Helmut Markov (Linke) betonte: „Wir konsolidieren, aber wir sparen das Land nicht kaputt“.

Kernpunkt des Eckwertebeschlusses ist die Verpflichtung, dass das Land Brandenburg im Haushaltsjahr 2014 erstmals in seiner jungen Geschichte in einem Etatentwurf keine neuen Schulden plant. Zugleich werden die Ausgaben für Bildung, für Wissenschaft und für Innovation in den beiden kommenden Haushaltsjahren auf dem bisherigen hohen Stand fortgeschrieben. Es wird auf diesen Zukunftsfeldern keinerlei Kürzung gegenüber dem aktuellen Haushalt geben. Damit bleiben die Zukunftsthemen, die im Koalitionsvertrag verankert sind, im Zentrum der Haushaltsaufstellung. Außerdem sollen die Brandenburger Kommunen profitieren. Bereits mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 werden den Kommunen insgesamt 50 Mio. EUR mehr zur Verfügung stehen.

Hier das Wichtigste in Kürze:

- **Die Themen Bildung, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Technologieförderung bleiben Schwerpunkte der Koalition.**
Das zeigt sich z.B. daran dass die jeweiligen Etats des MBS und des MWFK in den kommenden Jahren höhere Haushaltsvolumen zu erwarten haben als in den Vorjahren.
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:
1.439,3 Mio. € (2011); 1.480,9 Mio. € (2012); 1.501,7 Mio. € (2013); 1.492,7 Mio. € (2014)
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur:
661,4 Mio. € (2011); 712,9 Mio. € (2012); 715,2 Mio. € (2013); 723,2 Mio. € (2014)
Beide Bereiche werden von den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung komplett ausgeklammert.
Hier wird nicht gespart.
- **Bildung erhält erneut sogar mehr Geld.**
Schon im Jahr 2011 gab es 70 Mio. € mehr für die Bildung. Auch im Haushaltsjahr 2012 gibt es 41 Mio. € mehr für Bildung. Für den Doppelhaushalt 2013/14 sollen diese Summen fortgeschrieben werden und zusätzlich das Projekt „Eine Schule für alle – Gemeinsam Lernen“ finanziert werden. Dafür bringt die Koalition die komplette Summe auf, die für die erste Phase benötigt wird.
- **Die Kommunen erhalten 50 Mio. € mehr.**
Der so genannte Vorwegabzug soll 2013 um 20 Mio., 2014 um 30 Mio., 2015 um 40 Mio.. sinken und damit ab 2016 gänzlich wegfallen. Damit stehen den Kommunen schon mit dem Doppelhaushalt 2013/14 50 Mio. € mehr zur Verfügung und eine Forderung des Landesparteitages der LINKEN wird konkret aufgegriffen.
- **Rot-rot schafft Einstellungskorridore und sorgt für Nachwuchs und Ausbildung. Die Schüler-Lehrer-Relation wird langfristig gesichert.**
Die Zielzahl in der Personalbedarfsplanung wird von 40.000 (Ende 2019) auf 42.000 Stellen angehoben. Damit wird die Schüler-Lehrer-Relation von 1: 15,4 auch in den kommenden Jahren gesichert, zugleich können auch in anderen Ressorts dringend benötigte Einstellungskorridore geschaffen werden.

➤ **Der Konsolidierungskurs wirkt.**

Die Deckungslücken sind in den kommenden beiden Jahren deutlich kleiner als in den Vorjahren. Das Ziel, ab 2014 keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen, ist damit realistisch.

➤ **Dennoch sind Einsparungen nötig.**

Die Häuser werden mit der nötigen Sorgfalt und mit sozialem Augenmaß ihre Vorschläge erarbeiten. Die Vorhaben des Koalitionsvertrages bleiben dabei unangetastet.

Warum müssen wir trotz Steuermehreinnahmen weiter sparen?

So positiv das Jahr 2011 auch war, wichtiger noch ist der Blick auf die zukünftige Entwicklung, die durch wirtschaftlich turbulente Zeiten geprägt sein wird.

- Die jüngsten Signale aus der Wirtschaft und von Konjunkturforschern geben Anlass, den Optimismus hinsichtlich neuer Steuermehreinnahmen zu dämpfen. Ein Rückgang oder nur geringerer Anstieg würde die Deckungslücken wieder spürbar vergrößern.
- Die Verschuldung des Landes mit knapp 19 Mrd. € verursacht dauerhaft Zinszahlungen in Millionenhöhe. **Jeden Tag** gibt das Land Brandenburg rd. 2 Mio. EUR allein für Zinszahlungen aus.
- Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) sinken auf der Grundlage der Solidarpaktbeschlüsse kontinuierlich um gut 100 Mio. € pro Jahr.
- Darüber hinaus werden auch die sogenannten Hartz-IV-SoBEZ nicht in ursprünglicher Höhe von 190 Mio. € unbegrenzt zur Verfügung stehen. Der Rückgang bis 2020 ist auch hier beschlossene Sache.
- Die Befristung des Länderfinanzausgleiches bis Ende 2019 ist mindestens ebenso bedeutsam für Brandenburg. Ab dem Jahr 2020 steht die Gefahr einer schlechteren Finanzverteilung für das Land Brandenburg.
- Die Versorgungsausgaben, die derzeit (2012) mit noch rd. 121,3 Mio., € einen relativ geringen Anteil am Gesamthaushalt haben, steigen in den kommenden Jahrzehnten auf voraussichtlich über 1 Mrd. €.
- Mit der neuen EU-Strukturfonds-Förderperiode nach 2014 wird Brandenburg mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger Geld aus Brüssel erhalten. Es ist absehbar, dass Brandenburg nach Ablauf der derzeitigen Förderperiode im Jahr 2013 kein EU-Höchstfördergebiet mehr sein wird. Zwar wird die Förderung wohl nicht auf Null zurückgehen, aber das Land wird mit deutlich weniger EU-Mitteln auskommen müssen als bisher.

Also: Wir müssen uns auf rückläufige Finanzmittel der EU, des Bundes und der finanzstarken Länder einstellen. Deshalb muss die Landesregierung am Kurs der soliden Finanzpolitik festhalten.

Sind die Einsparungen überhaupt noch leistbar?

Ja. In den vergangenen Jahren ist es bereits gelungen enorme Einsparungen vorzunehmen, ohne dabei das Land kaputt zu sparen. Die Koalition wird auch bei den kommenden Haushaltsverhandlungen sehr genau und mit sozialem Augenmaß prüfen, was machbar ist und was nicht. Hauptaugenmerk werden wir – wie in den vergangenen Jahren - auf Bereiche legen, in denen Geld zwar eingestellt, aber nur ungenügend abgeflossen ist.

Warum wollen wir schon 2014 das Ziel erreichen, die Nettokreditaufnahme auf Null zu senken?

Die Brandenburger Koalition nimmt den Auftrag der Haushaltskonsolidierung sehr ernst, nicht nur weil wir wissen, dass wir auf lange Sicht nicht anders können, sondern weil wir es für richtig halten. Die Haushaltspolitik trägt den Konsolidierungserfordernissen Rechnung - aber mit Augenmaß und ganz bewusst nicht nach dem Kahlschlagsprinzip. Die Brandenburger Koalition stellt sich damit den Realitäten. Wir lassen uns nicht dazu verleiten, auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben. Unsere politischen Schwerpunkte bleiben dennoch die gleichen. Wir bleiben auf dem Pfad „Ein Brandenburg für alle“ mit Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen auch für diejenigen, die nach den Gesetzen des Marktes chancenlos wären. Für ein sozialeres und gerechteres Brandenburg.